

Bauernbund Brandenburg
christlich – konservativ – heimatverbunden

Liebe Berufskollegen,

eine machtvolle Großdemonstration - und gleich darauf ein Einlenken der Bundesregierung beim Agrardiesel. Woran man mal wieder sieht, wie stark der Bauernverband ist? - Oder wie nötig die Herrschenden den Bauernverband stärken müssen ...

Damit keine Missverständnisse entstehen: Wir bleiben bei unserer Forderung nach europaweit einheitlicher Besteuerung von Agrardiesel. Die Mineralölsteuer ist gedacht als eine Straßenbenutzungsgebühr, aber unsere Fahrzeuge brauchen keine Straßen. Was allerdings in den letzten Wochen beim Agrardiesel verhandelt wurde (siehe Beitrag weiter hinten), ist mehr als lächerlich angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Lage vieler Betriebe und insbesondere angesichts der nach wie vor katastrophalen Situation der Milcherzeuger. Unsere Position zum Milchmarkt wird in den nachfolgenden Pressemitteilungen deutlich, wir konnten sie u. a. in Beiträgen vom ZDF, der Lausitzer Rundschau, dem Oranienburger Generalanzeiger, den Potsdamer Neuesten Nachrichten, dem Prignitzer und dem Uckermark-Kurier verdeutlichen.

Auf einem anderen Gebiet haben wir immerhin einen Achtungserfolg erzielt. Die brandenburgische Landesregierung stimmte im Bundesrat mit Hessen und Bayern dafür, Patente auf konventionell gezüchtete Pflanzen und Tiere zu verbieten und eine entsprechende Initiative gegenüber der Europäischen Kommission zu ergreifen. Leider wurde der Antrag auf Betreiben der Länder Rheinland-Pfalz und Niedersachsen (wohl nicht zufällig zugleich die Standorte der großen Saat-zuchtunternehmen BASF und KWS) in die Ausschüsse zurückverwiesen und wird daher erst nach der Bundestagswahl wieder auf die Tagesordnung kommen. Der Kampf gegen Biopatente und damit zugleich gegen die Gentechnik wird uns also auch weiterhin beschäftigen. Einmal mehr zeigt sich, dass es dabei nicht um Parteipolitik geht, sondern es gibt in allen Parteien glaubwürdige Politiker, die auf der Seite der Bauern stehen, und Industrielobbyisten.

Durch Gespräche mit Vertretern der brandenburgischen CDU und FDP, demnächst auch mit den Grünen, werden wir noch vor den Wahlen unsere Überzeugungsarbeit fortsetzen. Wir wünschen Ihnen und uns allen eine gute Ernte!

Karsten Jennerjahn
Präsident

Reinhard Jung
Geschäftsführer

Pressemitteilung, 5. Mai 2009

Bauernbund zur Forderung nach Dürrehilfe: peinlich und verfrüht

Als "peinlich und auf jeden Fall verfrüht" hat der Bauernbund Brandenburg die Forderung des Landesbauernverbandes bezeichnet, angesichts der anhaltenden Frühjahrstrockenheit ein neues Dürrehilfe-Programm aufzulegen. "Demnächst werden uns wohl schon im Januar Dürreschäden vorhergesagt", spottete Bauernbund-Geschäftsführer Reinhard Jung. Der Bauernbund Brandenburg, der die bäuerlichen Familienbetriebe im Lande vertritt, hatte bereits das letzte Dürrehilfe-Programm der Landesregierung als Wettbewerbsverzerrung kritisiert. Jung: "Grundsätzlich sind wir sehr vorsichtig mit solchen Forderungen. Wenn aber Hilfen nötig werden sollten, dann müssen diese allen Betroffenen zugute kommen und nicht wieder nur einzelnen Betrieben wie 2006."

Pressemitteilung, 20. Mai 2009

Bauernbund begrüßt Brunner-Initiative: Fünf Prozent Quote weg!

Der Bauernbund Brandenburg unterstützt die Initiative des bayerischen Agrarministers Helmut Brunner, angesichts der dramatischen Situation auf dem Milchmarkt ab sofort fünf Prozent der Milchquote so lange auszusetzen, bis wieder ein Marktgleichgewicht hergestellt ist. "Das ist der erste sinnvolle Vorschlag aus der Politik, der hierzu seit langem gemacht wurde", begrüßt der Bauernbund-Geschäftsführer Reinhard Jung den bayerischen Antrag auf der heutigen Sonderkonferenz der Länderagrarminister. Jung weiter: "Wer sich diesem beherzten Schritt verweigert und statt dessen immer noch von Investitionsprogrammen, Liquiditätshilfen und Dieselsteuern rumfaselt – wie der Deutsche Bauernverband – dem sind die Milcherzeuger offensichtlich egal."

Pressemitteilung, 25. Mai 2009: Staatliche Eingriffe ungeeignet

Bauernbund stellt sich gegen Forderungen des Bauernverbandes

Mit scharfer Kritik hat der Bauernbund Brandenburg, Vertretung der bäuerlichen Familienbetriebe im Lande, auf die zwischen Landesregierung und Landesbauernverband verabredeten Hilfen für die märkische Landwirtschaft reagiert. „Wir brauchen kein Notpflaster für einige Betriebe, sondern vernünftige Rahmenbedingungen für alle“, erklärte Vorstandsmitglied Jens Gerloff: „Vor allem brauchen wir eine Marktentlastung bei der Milch, damit wir wieder zu kostendeckenden Preisen produzieren können.“

Seit Monaten fordern der Bauernbund und die Milcherzeugervereinigung BDM von der Politik, die Milchmenge zu reduzieren, damit sich die Preise erholen. Der vergangenen Dienstag vom bayerischen Agrarminister Helmut Brunner in die Diskussion gebrachte Vorschlag, fünf Prozent der Milchquote auszusetzen, bis wieder ein Marktgleichgewicht hergestellt ist, wäre ein Schritt in die richtige Richtung gewesen, meint Gerloff, der in Teetz in der Prignitz einen Milchviehbetrieb mit 270 Hektar und neunzig Kühen bewirtschaftet.

„Leider hat unser Agrarminister nicht mitgezogen“, bedauert der 45jährige Landwirt die neueste Entwicklung. Schuld daran sei auch der Landesbauernverband, dessen Präsident Udo Folgart konsequent jede Mengenreduzierung ablehne und statt dessen die Chancen der brandenburgischen Milcherzeuger auf den globalen Märkten beschwöre, so Gerloff: „Wer öffentlich schlechte Milchpreise beklagt und im agrarpolitischen Hinterzimmer bessere Preise verhindert, macht sich unglaubwürdig.“

„Wenn das Angebot zu groß ist, gibt es nur zwei Lösungen: Entweder muss Milch vom Markt oder Milcherzeuger müssen aufhören“, rechnet Gerloff vor. Die Hoffnung, ausgerechnet die brandenburgischen Milchviehbetriebe würden aus einem solchen Strukturwandel auf lange Sicht als Gewinner hervorgehen, teilt er nicht: „Erstens verlieren wir heute Geld, zweitens sehe ich die bayerischen Kleinbauern nicht als Konkurrenten und drittens steht zu befürchten, dass zuerst flächenstarke Betriebe in Brandenburg aus der Milchproduktion aussteigen, weil sie bessere Alternativen haben.“

Aus Sicht des Bauernbundes sind alle vom Landesbauernverband geforderten staatlichen Eingriffe ungeeignet. Investitionsprogramme und Liquiditätshilfen seien wettbewerbsfeindlich, zumal nur einzelne Betriebe davon profitieren würden, sagte Gerloff: „Außerdem bringt es nichts, die Produktion noch weiter anzukurbeln oder schwache Betriebe künstlich am Leben zu erhalten.“ Die massiv geforderte Absenkung der Agrardieselsteuer hält der Milcherzeuger für „Peanuts. Bei meinem Betrieb wären das rund 3500 Euro. Ich habe aber allein im ersten Quartal dieses Jahres 65.000 Euro weniger eingenommen als im Vorjahr.“

Die Landesregierung sollte alles in ihrer Macht stehende tun um Angebot und Nachfrage wieder in Einklang zu bringen, wünscht sich Gerloff: "Nur eine Reduzierung der Milchproduktion führt aus dem Preistief heraus. Je eher die Politik das begreift, desto besser für unsere Höfe und unsere Dörfer."

Information zum Agrardiesel: Die wichtigsten Änderungen

Hier ein kurzer Überblick über die Änderungen, die rückwirkend für die Jahre 2009 und 2010 Anwendung finden sollen:

Pro Liter Diesel gibt es nach wie vor 0,2148 Euro Rückerstattung.

Die Kappung bei 10.000 Litern, also bei einer maximalen Auszahlungssumme von bisher 1.798 Euro (2.148 Euro minus Einbehaltung von 350 Euro) fällt weg. Davon profitieren auch die meisten unserer Betriebe, vor allem aber natürlich die Großbetriebe. Zur Erinnerung: Die Kappung wurde 2005 eingeführt, als gleichzeitig Kürzungen bei der Sozialversicherung ausschließlich die Familienbetriebe belasteten.

Die Einbehaltung von 350 Euro fällt ebenfalls weg. Das bedeutet, dass alle Betriebe, die bislang eine Rückerstattung bekommen haben, 350 Euro mehr kriegen. Kleinere Betriebe, die aufgrund der Einbehaltung bislang gar nichts bekommen haben, können jetzt mit einer Rückerstattung rechnen. Allerdings muss der Erstattungsbetrag höher als 50 Euro liegen, was einem Verbrauch von mehr als 230 Liter Diesel entspricht.

Pressemitteilung, 17. Juni 2009

Bauernbund fordert Verzicht auf Kohlendioxid-Endlager

Als Schritt in die richtige Richtung hat der Bauernbund Brandenburg die Entscheidung der CDU-Bundestagsfraktion bezeichnet, das Gesetz über eine unterirdische Einlagerung von Kohlendioxid vorerst zu stoppen. "Ich hoffe, dass die Bedenkpause genutzt wird, um die Weichen neu zu stellen", erklärte Bauernbund-Vorstandsmitglied Manfred Wercham: "Wir fordern den endgültigen Verzicht auf die CO₂-Endlager und den Ausstieg aus der Braunkohleverstromung." Ausgebaut werden sollte statt dessen die Nutzung regenerativer Energiequellen.

Wercham, der in dem Oderbruchdorf Wilhelmsau 230 Hektar Acker bewirtschaftet und selbst vom geplanten CO₂-Endlager bei Neutrebbin betroffen wäre, hält die Umweltpolitik des Landes Brandenburg für "teilweise menschenfeindlich. Der alte Fritz hat aus dem Oderbruch eine blühende Landschaft gemacht. Aber wenn es nach Matthias Platzeck geht, kriegen wir unten eine Giftblase und oben einen Entensumpf."

Der Bauernbund Brandenburg hatte sich vergangenes Jahr auch am Volksbegehren gegen neue Braunkohletagebaue in der Lausitz beteiligt.

Mal nachschauen, was die anderen kriegen ...

Falls Sie es noch nicht wussten, aber auch mitreden wollen: Die Datenbank mit der Veröffentlichung der Agrarsubventionen finden Sie unter www.agrar-fischerei-zahlungen.de/Suche. Die Groß-Kleinschreibung ist zu beachten, ansonsten funktioniert sie für eine staatliche Datenbank erstaunlich gut. Außerdem ist sie insofern bemerkenswert, als dass die Ablehnung dieser Datenbank zu den ganz wenigen Dingen gehört, wo Bauernbund und Landesbauernverband einmal einer Meinung waren. Was bringt sie Neues, haben wir kritisiert, was man nicht auch schon vorher über Agrarsubventionen wusste – und weshalb werden bei den Familienbetrieben die Namen der Inhaber, bei den juristischen Personen aber nicht die Namen der Anteilseigner genannt? Neid, Neugier, Nonsense ... nur Bayern weigert sich noch. Gott mit Dir, Du Land der Bayern!